

Weniger Geld für Flüchtlinge

Budgetdebatte Der Nationalrat will die Sozialhilfe für Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge um 45 Millionen Franken kürzen. Er folgte gestern seiner Finanzkommission. Die Mehrheit argumentierte mit der gesunkenen Zahl von Asylgesuchen. Eine Minderheit wollte beim Vorschlag des Bundesrates bleiben, unterlag aber mit 105 zu 85 Stimmen. Finanzminister Ueli Maurer hatte klar gestellt, dass das Budget für das Folgejahr aufgrund von Annahmen vom Mai erstellt werde. Die Regel sollte eingehalten werden.

Die SVP wollte die Auslagen für die Bundesasylzentren, in denen die vom Volk an der Urne gutgeheissenen beschleunigten Asylverfahren vor allem stattfinden sollen, um 61 Millionen reduzieren. Damit würden in den Zentren rund 3000 der geplanten 5000 Betten betreibbar, sagte Thomas Müller (SG). So viele seien 2017 und 2018 benötigt worden. Die anderen Fraktionen mochten aber nicht folgen. Auch Bundesrat Maurer wehrte sich gegen den Antrag und gab zu bedenken, dass ohne die finanziellen Mittel die beschleunigten Asylverfahren nicht wie geplant eingeführt werden könnten. (sda)

FDP gegen Migrationspakt

Flüchtlinge Die FDP-Fraktion lehnt den UNO-Migrationspakt mehrheitlich ab. Das gab sie am Dienstagabend nach ihrer Sitzung bekannt. Die CVP-Fraktion fordert lediglich, dass der Pakt dem Parlament unterbreitet wird. Erst dann will sie über die Zustimmung entscheiden. Der Bundesrat hatte beschlossen, dass die Schweiz dem UNO-Migrationspakt vorläufig nicht zustimmt. Er wolle den Ausgang der parlamentarischen Debatte zum Pakt abwarten, bevor er endgültig dazu Stellung nehme, teilte er mit. Der Ständerat wird am 29. November und der Nationalrat am 6. Dezember über parlamentarische Vorstösse befinden. (sda)

Bundesrat allein auf weiter Flur

Europapolitik Gleich drei Bundesräte haben gestern versucht, das Rahmenabkommen mit der EU den Gewerkschaften und Arbeitgebern schmackhaft zu machen. Doch die weisen den Vertrag zurück.

Fabian Fellmann

Nach einem Treffen zwischen Bundesrat, Arbeitgeberverband und Gewerkschaften zeigt sich: Das Verhandlungsergebnis für ein Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU stösst auf breite Ablehnung. Der Bundesrat stünde allein auf weiter Flur, falls er dem Vertrag am kommenden Freitag zustimmen sollte. Sämtliche Präsidenten der Bundesratsparteien haben sich in den vergangenen Tagen rundweg dagegen oder skeptisch geäussert.

Gleich zu dritt probierten Bundespräsident Alain Berset und die Bundesräte Ignazio Cassis und Johann Schneider-Ammann darum gestern, zumindest die Bedenken der Sozialpartner zu entkräften. Ein Sitzungsteilnehmer sagt, die Gewerkschaften hätten dabei ihre Position bekräftigt, wonach an den flankierenden Massnahmen nicht zu rütteln und die Entsenderichtlinie nicht zu übernehmen sei – weil der Bereich sonst der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs unterstellt würde.

Angst vor Unionsbürgerrichtlinie

Der Gewerkschafter rechnet damit, dass das Rahmenabkommen entweder schon vom Bundesrat oder dann vom Parlament beerdigt wird. «Selbst wenn man das Abkommen jetzt ablehnt, bedeutet das nicht das Ende. Vielmehr wird damit ein neuer Anfang möglich», sagt er. Jetzt gelte es zuerst, die Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit zu bekämpfen, wobei die Gewerkschaften mithelfen würden. Danach könne die Schweiz mit der Europäischen Union möglicherweise wieder neue Verhandlungen aufnehmen.

Auch bei den Arbeitgebern ist die Skepsis über das Verhandlungsergebnis gross, die Zweifel haben nach der Sitzung mit dem Bundesrat weiterhin Oberhand. Zwar sagt Verbandsdirektor Ro-



Aussenminister Ignazio Cassis steht im EU-Dossier vor hohen Hürden.

Bild: KEY (Bern, 8. August 2018)

land A. Müller, das Grundkonzept eines Rahmenabkommens sei unbestritten: «Aber wir haben unsere Position bekräftigt, wonach das Lohnschutzniveau der Schweiz erhalten bleiben muss.» Das sei schwierig genug. «Wir haben auch festgehalten, dass alles nichts nützt, wenn weder im

Parlament noch beim Volk eine Mehrheit für das Rahmenabkommen möglich ist, weil SVP und Gewerkschaften es ablehnen», sagt Müller. Und noch deutlicher: «Uns scheint eine Mehrheit für das aktuell vorliegende Abkommen unwahrscheinlich.» Für die Arbeitgeber wäre überdies die im

Abkommen vorgesehene Übernahme des europäischen Entsenderechts «eine schwer verdauliche Kröte», so Müller. «Die EU scheint jedoch darauf zu beharren.» Weiter warnt der Arbeitgeberverband, wenn der Vertrag die Unionsbürgerrichtlinie nicht erwähne, sei das gefährlich. «Die

«Eine Mehrheit für das aktuell vorliegende Abkommen scheint uns unwahrscheinlich.»

Roland A. Müller
Direktor Arbeitgeberverband

Bundesräte haben unsere Befürchtung nicht ausgeräumt, dass die Unionsbürgerrichtlinie der Schweiz durch die Hintertür via das Schiedsgericht aufgezwungen werden könnte», sagt Müller. «Das ist ein gravierendes Damoklesschwert.» Die Unionsbürgerrichtlinie würde EU-Bürgern in der Schweiz zusätzliche Rechte gewähren; der Bundesrat argumentiert, diese sei nicht Teil des institutionellen Abkommens.

Ein endgültiges Urteil über das Rahmenabkommen will der Arbeitgeberverband erst nach eingehender Prüfung fällen. Dem Bundesrat Rückendeckung für den Fall einer Parlamentsdebatte und gar Volksabstimmung anzubieten, schliesst Müller diplomatisch aus: «Wenn die Sozialpartner beim Rahmenabkommen nicht mitziehen, wäre es mangels Mehrheiten schwierig, das einfach durchzudrücken.»

Damit steht der Bundesrat am Freitag vor einer schwierigen Entscheidung: Will er das Verhandlungsergebnis annehmen und mit dem Abkommen den Spießrutenlauf ins Wahljahr beginnen? Oder lehnt er es ab und nimmt Gegenmassnahmen der EU in Kauf? Das Abwehrdispositiv für die Börse wird der Bundesrat jedenfalls am Freitag ebenfalls aufspannen müssen.

Maudet will Gössis Vorladung ignorieren

FDP Der Genfer Staatsrat Pierre Maudet reist heute nicht nach Bern – trotz Aufgebots der Parteispitze.

Pierre Maudet räume der Sitzung des Genfer Staatsrates Priorität gegenüber der Vorladung der FDP Schweiz ein, antwortete sein Departement gestern auf eine Anfrage. Der angeschlagene Sicherheitsdirektor nimmt an einer Sitzung der Kantonsregierung teil. Eigentlich wollte die FDP-Parteispitze heute von ihm hören, was er zur Affäre zu sagen hat. Aufgebots wurde auch der Präsident der FDP Genf, Alexandre de Senarclens.

Die FDP Schweiz habe noch keine offizielle Antwort von Maudet auf die Vorladung erhalten, sagte FDP-Vizepräsident Andrea Caroni gestern in der Westschweizer Tagesschau. Die Einladung behalte ihre Gültigkeit. «Er kann nur gewinnen, wenn er kommt», fügte er an. Das bereits angespannte Verhältnis zwischen dem früheren Hoffnungsträger und seiner Mutterpartei hat sich

letzte Woche noch einmal verschlechtert. «Befände ich mich in einer vergleichbaren Situation, wäre ich bereits zurückgetreten», sagte FDP-Präsidentin Petra Gössi in der «Tagesschau».

Maudet sagte dazu am Dienstagabend in der Westschweizer Tagesschau, er sei erstaunt über diese Aufforderung. Einen Rücktritt lehnte er weiterhin ab: «Das wäre zu einfach.» Er werde weiterhin mit der Genfer Staatsanwaltschaft zusammenarbeiten. Deshalb könne er im Moment auch nicht frei sprechen. Die FDP Schweiz verfügt über keine Sanktionsmittel gegen den Genfer Staatsrat. Sie hat keine Möglichkeit, ein Mitglied einer Kantonalpartei aus der Partei zu werfen. Eine Möglichkeit wäre es, die gesamte Genfer Kantonssektion aus der Partei auszuschliessen, wenn in einem Jahr Parlamentswahlen anstehen. (sda)

Eigentlich sprach bei der SVP alles für Heidi Z'graggen. Die Urner Regierungsrätin zählt sich zum rechten Flügel der CVP, sie ist vergleichsweise ausländer- und öffnungsskeptisch, und sie ist mit dem gut vernetzten SVP-Politiker Bruno Dobler liiert. Als Christoph Blocher jüngst betonte, wie gut er bei der Planung des Ferienresorts von Samih Sawiris in Andermatt mit ihr zusammenarbeitete, lag der Schluss nahe: Z'graggen ist die Kandidatin der SVP.

Umso ernüchternder muss das Resultat des gestrigen SVP-Hearings für sie sein. Wie Fraktionschef Thomas Aeschi nach der Fraktionssitzung bekannt gab, unterstützt zwar eine Mehrheit der Partei die Urner Regierungsrätin. Doch angesichts dessen, dass ihre Konkurrentin, Nationalrätin Viola Amherd, in der SVP als links verschrien ist, muss das Stimmresultat eine Enttäuschung für Z'grag-

gen sein. 38 Parlamentarier stimmten für sie, 10 für Amherd, 7 legten leer ein.

«Insgesamt konnte Z'graggen zu wenig klarmachen, wieso sie die rechtere Alternative zu Amherd sein soll», begründet ein Ratsmitglied das durchgezogene Resultat für die Urnerin. Unterstützung für Amherd gab's dagegen von den Bauern. Die Walliserin hatte am Vortag beim Hea-



Heidi Z'graggen
CVP-Kandidatin

Bild: KEY

ring der Bauern deutlich besser abgeschnitten als Z'graggen. Sie überzeugte nicht nur durch ihre Dossierkenntnisse, sondern konnte auch darlegen, dass sie in der Vergangenheit stets bauernfreundlich gestimmt hatte, sagte ein Bauernvertreter im Vertrauen. Schlecht kam bei der SVP zudem an, dass Z'graggen ein Parteimitglied an einer Podiumsdiskussion mit «Depp» betitelt hatte. Als ein SVP-Fraktionsmitglied sich erkundigte, wieso sie sich bis heute nicht entschuldigt habe, stritt Z'graggen den Vorfall ab. «Das finde ich unhaltbar für eine künftige Bundesrätin», sagt ein SVP-Mitglied, das Amherd wählen wird.

Auf eine Stallorder verzichtet die SVP, wie Aeschi sagte. Damit ist jedes Fraktionsmitglied frei zu wählen, wen es will. Berücksichtigt man, dass gestern 19 Personen abwesend waren, kann Am-

herd mit einem guten Dutzend Stimmen aus der SVP rechnen. Da Amherd Mitte-links sehr gut abgestützt ist, hat die Walliserin gute Chancen, am 5. Dezember zur Nachfolgerin von Doris Leuthard gewählt zu werden.

SVP empfiehlt Keller-Sutter zur Wahl

Für die Nachfolge von Johann Schneider-Ammann unterstützt die SVP die St. Galler FDP-Ständerätin Karin Keller-Sutter. Sie machte 38 Stimmen; auf den Nidwaldner FDP-Ständerat Hans Wicki entfielen 16 Stimmen.

Hearings haben gestern auch Grünliberale und Grüne durchgeführt. Sie entscheiden aber erst nächste Woche, wen sie unterstützen. Noch ausstehend sind zudem die Hearings der Fraktionen der FDP, CVP und BDP.

Roger Braun

Z'graggen packt Chance nicht

Bundesratswahlen Die SVP unterstützt Heidi Z'graggen für die Wahl in den Bundesrat. Ihre Konkurrentin Viola Amherd macht aber mehr Stimmen als erwartet.